

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend die Verschärfung des Asylrechts

Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um unkontrollierte Zuwanderung zu verhindern und Abschiebungen zu vereinfachen.

Begründung

Der Schutz des Landes mitsamt seinen Bürgern muss oberste Priorität haben. Die Gewaltvorfälle rund um Halloween, die unter anderem in Linz durch Dutzende Jugendliche verübt wurden, dürfen sich nicht wiederholen. Der Großteil dieses Mobs war zwischen 13 und 15 Jahre alt und stammt aus dem Ausland. Angekündigte Abschiebungen scheitern faktisch an der Minderjährigkeit sowie am Umstand, dass in die Länder Afghanistan und Syrien nicht abgeschoben wird.

Dies zeigt einmal mehr auf, dass die momentan verfügbaren rechtlichen Instrumente nicht ausreichen, um eine selbstbewusste Sicherheits- und Migrationspolitik zu verwirklichen. Das derzeitige Asylrecht ist überholt und hindert den Staat, ausreichende Maßnahmen zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit umzusetzen.

Um diese rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, sind folgende Maßnahmen notwendig:

- Neustrukturierung und Verschärfung des österreichischen Asylrechts
 - Herabsetzen des notwendigen Strafmaßes zur Aberkennung des Asylstatus bei Asylberechtigten auf 6 Monate und sofortigen Aberkennung bei rechtlicher Verurteilung bei Widerstand gegen die Staatsgewalt bzw. vergleichbaren Delikten.
 - Bei Personen, die sich im Asylverfahren befinden und rechtskräftig verurteilt werden, muss unabhängig vom Strafmaß das Verfahren abgebrochen bzw. negativ beschieden werden.
- Änderung völkerrechtlicher und unionsrechtlicher Hürden für eine autarke Asylpolitik
- Sofortige Beendigung des Asylverfahrens bei unwahren Angaben
- Rasche Außerlandesbringung von straffälligen Schutzsuchenden in gewillte Drittstaaten, sofern eine Abschiebung ins Heimatland nicht möglich ist
- Befristung und regelmäßige Überprüfung von Asylberechtigungen
- Umfassender Grenzschutz, um illegale Migration zu bekämpfen

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Dörfel, Oberlehner, Ecker, Stanek, Zehetmair, Mader, Naderer, Nell, Rathgeb, Aspalter, Scheiblberger, Raffelsberger, Lengauer